

Münchner Friedensbündnis

c/o Friedensbüro e.V., Isabellastr. 6, 80798 München, Telefon/Fax: 089-27 15 917

www.muenchner-friedensbuendnis.de

Spendenkonto: Friedensbüro e.V., Postgiroamt München, BLZ: 700 100 80, Konto-Nr. 410 39-801

Trägerkreis: Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen - Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. – Friedensinitiative Christen in der Region München - Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit - Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung - Münchner Friedensforum - Mütter gegen Atomkraft München e.V. - Munich American Peace Committee - Netzwerk Friedenssteuer Gruppe München - Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg - Pax Christi München - Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung - Schwabinger Friedensinitiative - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten

Das Münchner Friedensbündnis ruft auf zum Ostermarsch 2004 am Samstag, dem 10.4.2004

Für ein soziales Europa - keine EU-Militärmacht

Abrüstung statt Sozialabbau

Für Frieden und eine gerechte, soziale Weltordnung – Nein zum Krieg

Für Frieden und Gerechtigkeit weltweit - nein zum Krieg

Millionen Menschen protestierten weltweit gegen den drohenden Krieg gegen den Irak. Die Führer der Koalition starteten dennoch ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Das Ergebnis ist ein verwüsteter Irak, der heute geprägt ist durch die Vorherrschaft US-amerikanischer Konzerne und das Kolonialregime der US-Armee.

Alle von den Regierungen der USA und Großbritanniens angegebenen Gründe – Verbindung zwischen Saddam und Al Quaida, Besitz von und Einsatzpläne für Massenvernichtungswaffen – haben sich als unwahr herausgestellt. Der Irak Saddams war damals keine kriegerische Gefahr für seine Nachbarn oder die internationale Ordnung insgesamt. Den USA und ihren Alliierten ging es um das Öl des Landes und darum, für alle Länder ein Exempel zu statuieren, was ihnen blüht, wenn sie sich nicht fügen.

Dieser Krieg hat erneut deutlich gemacht, dass Kriege niemals Probleme lösen, sondern immer nur neue schaffen und millionenfaches Leid über die Menschen bringen.

Wir sagen NEIN zu Krieg und neokolonialer Besatzung im Irak, in Afghanistan, in Palästina und überall!

Eine langfristig angelegte zivile Sicherheitspolitik mit sozialer Gerechtigkeit als Maßstab wäre möglich – dagegen haben die Kriege die Perspektiven für diese Länder verschlimmert. Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung, sozial-ökologische Umsteuerung und friedliche Entwicklung sind vorhanden, werden aber von Politikern und Medien weitgehend ignoriert.

Wir stellen die politische Lösung gesellschaftlicher Konflikte in den Mittelpunkt.

Krieg und Terrorismus eskalieren wegen des von unseren Regierungen betriebenen neoliberalen Globalisierungsprojekts. Bei diesem haben Gewinn- und Machtinteressen oberste Priorität.

Die negativen Ergebnisse sind unübersehbar:

- Wachstum auf Kosten der Umwelt
- Massenarbeitslosigkeit
- Gewalt und Gegengewalt.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird täglich größer durch das Streben nach Rendite. Die neoliberale Globalisierung zerstört grundlegende soziale, ökonomische und kulturelle Werte auf allen Kontinenten. Sie verursacht und verschärft Konflikte und Not.

An der Gewaltspirale drehen USA und NATO eifrig mit: z.B. durch Bruch des bisher gültigen Völkerrechts, das Angriffskriege verbietet. Die Bundesregierung setzt sich oft für das Völkerrecht ein, unterstützt durch ihr gewährenlassen aber faktisch die Politik der Rückkehr zum Faustrecht.

Dabei hungern mehr als 800 Millionen Menschen, leiden unter Ausbeutung und Unterdrückung, sind Opfer von Krieg, Vertreibung und Naturkatastrophen. Mit der Zerstörung der Existenzgrundlage der Menschen wird Nährboden für immer neue Gewalt erzeugt.

Notwendig sind politische Lösungen:

- ein entschlossener Umbau der zutiefst ungerechten Weltwirtschaftsordnung
- die Beachtung des Völkerrechts und die Ablehnung jeder militärischen Gewalt
- die Einhaltung der Menschenrechte und die Entwicklung demokratischer und gerechter Strukturen
- sozial-ökologische Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft.

Hier bitte abtrennen: -----
Ich unterstütze diesen Aufruf und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden:

Name/Vorname:.....Unterschrift:.....

Anschrift:.....

Evtl. Gruppe/Initiative:.....E-Mail:.....

Rücksendung bitte bis 25.2.2004 an: **Friedensbüro e.V., Isabellastr. 6, 80798 München**
oder E-Mail an: friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de

Das zielt auf:

- Existenzsicherung für jeden Menschen auf der Welt
- Gewaltfreie Lösung von Konflikten.
- Umweltschutz und Ressourceneinsparung

Keine Militärmacht Europa - Für ein Europa der sozialen Rechte und der Menschenrechte

Nach dem Krieg gegen den Irak versucht uns die Bundesregierung einzureden, die Lehre und die richtige Konsequenz nach dem Alleingang der USA sei ein „starkes Europa“. Die Europäische Union müsse jetzt noch größere Anstrengungen unternehmen um eigenständig militärisch handlungsfähig zu werden. Die EU hat einen Verfassungsentwurf und eine eigene Militärstrategie mit Kriegseinsätzen rund um den Globus erarbeitet. Diese Militärstrategie sieht eine Präventivkriegskonzeption à la Bush vor. Die EU wird Interventionsmacht, die Bundesregierung ist an vorderster Front mit dabei.

EU-Streitkräfte - z.B. die neue EU-Interventionstruppe - sollen laut Verfassungsentwurf zu "Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen" (Artikel III-210) eingesetzt werden können.

Es gibt keine Rechtfertigung für die zunehmenden internationalen Militärinterventionen, daher wenden wir uns entschieden gegen den Ausbau der EU zu einer weltweiten militärischen Interventionsmacht.

In der EU soll die Verpflichtung der Mitgliedstaaten "ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" Verfassungsrang erhalten. Um die Einhaltung dieser Aufrüstungsverpflichtung zu kontrollieren (!) und teilweise durchzuführen wird ein "Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten" eingerichtet. Aufrüstung als Verfassungsziel, verschärfte Militarisierung der Politik, auch die Forschung soll noch stärker der Kriegsvorbereitung dienen - das ist Kriegspolitik!

Passend zur Absicherung der militärischen Komponente der EU wird im Verfassungsentwurf zudem das neoliberale Wirtschaftsmodell festgeschrieben.

Diese EU-Verfassung darf nicht umgesetzt werden! Wir lehnen diese EU-Verfassung ab!

Wir sagen NEIN zur militarisierten Europäischen Union

Wir wollen einen anderen EU-Verfassungsentwurf

- der auf breiter gesellschaftlicher Basis unter Einschluss sozialer, emanzipatorischer Bewegungen entsteht,
- der eine Europäische Union schafft, die sich dem Krieg verweigert,
- und der die Vision einer demokratischen, sozialen und zivilen Europäischen Union erfüllt.

Stopp der weltweiten Einsätze der Bundeswehr - Abrüstung statt Sozialabbau.

In den Richtlinien für die Bundeswehr heißt es wörtlich: „Künftige Einsätze lassen sich weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geographisch eingrenzen.“

Im Widerstand gegen diese Entwicklung fordern wir von der Bundesregierung:

- Eine deutliche Reduzierung der Rüstungsausgaben und Streichung aller Rüstungsvorhaben, die für Auslandseinsätze der Bundeswehr vorgesehen sind.
- Verwendung dieser Milliardensummen für Bildung und soziale Sicherung.

Darüber hinaus fordern wir:

- eine aktive Politik für globale Gerechtigkeit
- einen aktiven Einsatz für Dialoge und Verhandlungen
- Aufbau von Strukturen für gewaltfreie Lösung von Konflikten
- ein funktionsfähiges internationales Strafgericht

Demonstrieren wir zusammen für ein friedliches Europa und eine humane, soziale Weltordnung!

